

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 20. Jan. Sr. Maj. Statthalterin...
Luisa, 8. Geschw., Commandant Corvettenkapitän Schering, ist am 6. Jan. in Suez eingetroffen und hat am 7. Jan. die Reise nach Aken fortgesetzt.

Breslau, 20. Jan. In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde in der engern Wahl Justizrath Friedensburg mit 50 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt. Der Gegenkandidat Miquel erhielt 47 Stimmen. Zum zweiten Bürgermeister wurde der Stadtsynikus Dickschuh mit 93 Stimmen gewählt.

Nürnberg, 20. Jan. Gestern hat sich hier ein liberaler (antifortschrittlicher) Verein gegründet, an dessen Spitze die hervorragendsten Bürger stehen.

Marmstadt, 20. Jan. Der Großherzog ist heute früh mit seinen Kindern nach England abgereist.

Budapest, 20. Jan. Unterhaus: Von Apponyi wurde eine Interpellation an die Regierung darüber eingebracht, ob das von den Zeitungen publicirte Project der Organisation der Verwaltung Bosniens und der Herzegowina authentisch sei, und ob die Regierung die gedachte oder eine andere Organisation der Verwaltung ohne Rücksicht auf die Gesetzgebungen festzustellen und einzuführen gedenke. Auf eine Anfrage Simonyi's wegen der orientalischen Pest erwiderte Ministerpräsident Tisza, die Regierung werde alle nothwendigen Maßregeln ergreifen, um das Uebel von den Landesgrenzen fern zu halten. Vom Handelsminister wurde der Handelsvertrag mit Italien vorgelegt.

Rom, 20. Jan. Senat: Bissolati richtete eine Interpellation an die Regierung und gab hierbei eine historische Uebersicht über die Beziehungen Italiens zu den auswärtigen Mächten, über die orientalische Frage und die Occupation Bosniens und der Herzegowina. Der Interpellant erkannte an, daß Oesterreich in diesen Ländern eine große Mission zu erfüllen habe. Weiter berührte derselbe einige, infolge der Occupation entstandene Schwierigkeiten und hob hervor, er glaube, daß die Verantwortlichkeit für dieselbe theilweise auf die innere unsichere Politik Italiens falle. Er erkenne an, daß Italien durch den Berliner Vertrag nicht geschädigt worden sei, glaube aber, daß dies durch seine innere Politik geschehen sei und daß sich die Lage Italiens dem Auslande gegenüber verschlimmert habe. Schließlich verlangte der Redner eine feste innere Politik, damit Italien die Achtung Europas wiedererlangen könne.

Verfailltes, 20. Jan. nachmittags. Deputirtenkammer: Berathung des Programms des Ministeriums. Senard (gemäßigte Linke) spricht sich lobend über die Vergangenheit des Ministeriums aus, findet aber das Programm desselben unzureichend, namentlich bezüglich der Beamten. Der Ministerpräsident Dufaure erwiderte, er nehme die von Senard ausgesprochenen

Befürwörungen gern entgegen. Dufaure erinnerte sodann an den Theil, den er an der Begründung und Befestigung der Republik genommen, und erklärte, er werde sich künftighin noch strenger bezüglich der Beamten zeigen, ohne jedoch die von denselben geleisteten Dienste zu vergessen. Nach Dufaure ergriff Madier Montjau (radical) das Wort.

Paris, 20. Jan. Admiral Touchard ist gestorben.

London, 20. Jan. Die Times meldet aus Kurrachee von gestern, General Stewart lasse in der Richtung gegen Sirifil und Khetlatighilaj Reconoscirungen vornehmen.

Petersburg, 20. Jan. Durch verschiedene Zeitungen läuft gegenwärtig eine Mittheilung, wonach nach dem Abzuge der russischen Truppen eine europäische gemischte Occupation Rumeliens stattfinden solle, bei welcher vorzugsweise Belgien und Schweden betheiligt sein und auch die Großmächte ein kleines Contingent stellen sollen. In Bezug auf diese Nachrichten wird von unterrichteten Personen mitgetheilt: 1) Die Frage einer gemischten militärischen Besetzung nach dem Abzuge der russischen Truppen aus Ostrumelien ist unter anderm von dem österreichischen Minister Grafen Andrássy zur Zeit des Berliner Congresses angeregt worden. 2) Die angegebene Specialien (Bisfern, Rationalität der Contingente) beruhen durchweg nicht auf thatsächlicher Unterlage. 3) Es hat über die Frage seinerzeit unter einzelnen Mächten ein Ideenaustausch stattgefunden, welcher aber nicht zu einem Abschluß geführt hat. 4) Es hat gegenwärtig nicht den Anschein, als ob das Project einer solchen gemischten Occupation zur Ausführung gelangen werde.

Wien, 20. Jan. abends. Der Politischen Correspondenz wird aus Konstantinopel vom 19. Jan. gemeldet, bei der Redaction des russisch-türkischen Friedensvertrages hätten sich unerwarteterweise Schwierigkeiten erheblicher Natur ergeben, welche den Abschluß der Verhandlungen und die Unterzeichnung des Vertrages zu verzögern tröben. Die russischen Bevollmächtigten beständen auf der Aufnahme eines Artikels in den Friedensvertrag, der die Pforte zur Durchführung aller in dem Berliner Vertrage unberührt gelassenen Bestimmungen des Vertrages von San-Stefano verpflichten sollte. Die türkischen Bevollmächtigten wollten indessen die Nothwendigkeit dieser neuen Stipulation nicht anerkennen und hätten darauf hingewiesen, daß die Pforte die Anerkennung der von dem Berliner Vertrage unberührt gelassenen, ihr durch den Vertrag von San-Stefano auferlegten Verpflichtungen niemals verweigert habe. Troßdem hoffe man, daß eine Verständigung erzielt werden würde. — Militär-Pascha hat der Pforte die Anzeige gemacht, daß er das Dorf Amino bei Arta für den Zusammentritt der türkisch-griechischen Grenzregulirungscommission gewählt habe.

Konstantinopel, 20. Jan. Nach hier eingegangenen Meldungen aus Philippopol vom 19. Jan. hat die europäische Commission die Kap. 3 und 4 des organischen Statuts, welche von dem Generalgouverneur und der Centralverwaltung handeln, in erster Lesung angenommen und ist sodann in die Berathung des Kapitels über die Provinzialversammlung eingetreten.

Dresden, 20. Jan. Kronprinz Rudolf von Oesterreich wird nächsten Donnerstag vormittags aus Prag hier eintreffen und bis Sonnabend am hiesigen königlichen Hofe verweilen.

Die Vorlage über die Strafgewalt des Reichstags.

Leipzig, 21. Jan. Die von der Post, jedenfalls nicht ohne Grund, so offen angekündigte Bereitwilligkeit des Reichskanzlers, auf Modificationen seines vielbesprochenen Gesetzentwurfs über die Strafgewalt des Reichstages sich einzulassen, stellt die Angelegenheit der Vorlage insofern auf eine andere Grundlage, als dadurch die Erörterung solcher Modificationen auch für die Presse in den Vordergrund gerückt wird, während bisher, wo man annehmen mußte, der Reichskanzler werde betriebs seiner Vorlage sagen: „ganz oder gar nicht“, auch die Opposition dagegen sich auf die einfache Ablehnung beschränken dürfte.

Im Reichstage wird vielleicht zuerst die Eiteltefrage angeregt werden, ob es nicht überhaupt gegen die Selbstständigkeit dieser hohen Körperschaft verstoße, wenn Bestimmungen über die Disciplin im Hause, statt vom Reichstage selbst, von den Regierungen, statt in der Form von Geschäftsordnungsparagraphen (nach Art. 27 der Reichsverfassung), in der Form eines Gesetzes erlassen würden.

Eine solche Vorfrage hängt aufs engste zusammen mit der materiellen Frage: ob und welche Erweiterungen der Disciplinargewalt — des Präsidenten und beziehentlich des Reichstages selbst — man nothwendig findet. Würde man z. B. dem Reichstage ein Recht der Ausschließung eines Mitgliedes auch nur für den Lauf einer Session einräumen wollen, so wäre dies etwas, was nicht wohl bloß im Wege der Geschäftsordnung festgesetzt werden könnte, sondern einer reichsgesetzlichen Verkräftigung bedürfte, weil dabei nicht Rechte der Abgeordneten allein, sondern auch Rechte der Wählerschaften in Frage kämen.

Unsers Erachtens kann es nicht schwer fallen, zu sehen, was der bloßen inneren Geschäftsordnung des Reichstages anheimfällt, was darüber hinausgeht. Jenes wird der Reichstag allein zu regeln haben, und es steht zu erwarten, daß dazu sofort beim Beginn der Session aus der Mitte des Reichstages heraus die Initiative ergriffen wird; dieses (eine Aenderung der Reichsverfassung), müßte selbstverständlich

Der Fall des Dr. Müller.

Unter obigem Titel schreibt die National-Zeitung: „Begen Beleidigung des Oberlehrers Dr. Müller zu Leipzig durch die Presse sind in den jüngsten Tagen zwei Pastoren von der höchsten Abtheilung des Berliner Stadtgerichts verurtheilt worden. Zweimal hat man Herrn Müller dann in dem preussischen Abgeordnetenhaus zum Gegenstande des Angriffes von conservativer Seite gemacht. Die Herren v. Hammerstein und v. Meyer-Arnswalde haben in den stärksten Ausdrücken gegen den lippsstädter Oberlehrer sich ergangen.“

Um was handelt es sich nun? Vor zwei Jahren hat Dr. Müller (den Geheimrath Stauder als einen Mann von ausgezeichnete technischer Befähigung schildert, der den naturwissenschaftlichen Unterricht auf eine Höhe gebracht, wie sie andern Anstalten zu wünschen wäre) seinen Primanerern aus einem Buche von Gayus Sterne über Darwinismus eine Anzahl Stellen vorgelesen, das ist das Verbrechen. Die Schulbehörde hat seinerzeit deshalb dem allzu eifrigen Lehrer eine Rüge ertheilt. Damit hätte man sich allseitig beruhigen können. Was mag wol der Grund sein, warum man auf Dr. Müller jetzt nach Jahren ein so concentrirtes Feuer eröffnet? Wahrscheinlich weniger die Persönlichkeit des Herrn Müller als die Unterrichtsverwaltung sollte damit angegriffen, ein Seitenstück zu der Verantwortlichkeit des Kultusministers für Hölle sollte geschaffen werden. Der Abg. Frhr. v. Hammerstein sprach offen aus: die Schulaufsichtsbehörde trage die Verantwortung dafür, wenn ein Geschlecht aufge-

jogen werde, deren religiöses Bekenntniß der Atheismus, deren politisches der Communismus sei.

Die Ankläger des Dr. Müller haben das Buch von Gayus Sterne zur Hand genommen, die lehrerliche Aussprüche daraus notirt und sie weisen sie triumphirend vor. „Seht“, sagen sie, „solche Dinge lehrt man unsere Kinder!“. Nur schade, daß die Auswahl, die Dr. Müller getroffen hatte, mit derjenigen absolut nicht stimmt, welche seinen Segnern solchen Anstoß gegeben; nur schade, daß es harmlose Auseinandersetzungen über Festigkeit oder Veränderlichkeit der Arten waren, welche dieser blinde Eifer noch nach zwei Jahren verfolgt. Das ist in der Gerichtsverhandlung wie durch den Kultusminister und den Regierungskommissar bestätigt worden.

Die pädagogische Frage, die sich hier anknypt, wäre allerdings einer vorurtheilsofen Behandlung werth, selbst in preussischen Abgeordnetenhaus. Die Geschichte der Naturwissenschaft ist mit den Streitfragen, welche man heutzutage mit dem Namen des Darwinismus bezeichnet, so innig verknüpft, daß es für eine irgend eingehende Behandlung unmöglich wird, diesem Namen auszuweichen. Die naturphilosophischen und theologischen Konsequenzen, welche an diese Hypothesen geknüpft werden, kann man freilich unserer Jugend erlassen. Da aber die Theorien des Darwinismus ebenso von Anhängern einer mechanischen Weltordnung als von denen eines Weltregierers, von den Aposteln des Zufalles wie von denen der Zweckmäßigkeit in Anspruch genommen werden, da die Berechtigung der allgemeinen Gleichheit im Communismus wie die Berechtigung der Aristokratie als eines

Naturgesetzes mit gleicher Bestimmtheit und Lebhaftigkeit daraus hergeleitet werden, so ist uns der fromme Eifer, der sich gegen die Hypothese an sich wendet, nicht recht verständlich. Ueber die polemischen Mittel aber, welche in dieser Angelegenheit gebraucht wurden, hat das Stadtgericht ein Urtheil abgegeben, welchem die öffentliche Meinung nach dem Nachspiel, das die Gerichtsverhandlung im Abgeordnetenhaus gefunden hat, nur in verstärktem Maße sich anschließen kann.“

Bismarck-Anekdoten.

Das englische Gesellschaftsjournal Truth erzählt: Bismarck war zu keiner Zeit gerade eine angenehme Persönlichkeit, wenn es sich darum handelte, Privat- oder öffentliche Geschäfte mit ihm zu verhandeln. Er ist mir gar wenig Gehuld auf die Welt gekommen und hat seitdem alljährlich etwas davon eingeblüht. Eines Abends besand er sich in dem Salon der Fürstin Svatinskis und wußte so viele scharfe Dinge über diese und jene öffentliche Persönlichkeit zu erzählen, daß es den Zuhörern ganz unbehaglich zu Muth wurde. Endlich empfahl sich Sr. Exc.; allein gleich darauf ließ sich die Stimme des Hofstundes vernehmen, welcher dem seinen Wagen auszufahren beabsichtigten wie wählend nachstellte. Fürst Svatinskis konnte der Versuchung, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, nicht länger widerstehen; rasch öffnete er ein Fenster und rief dem Scheidenden mit lebender Stimme die Bitte nach: „Monsieur l'ambassadeur! Beissen Sie mir doch ja meinen Hund nicht.“ Der kürzlich ermordete General Klenzow ließ Bismarck einstmals im Cercle Anglais abhassen. Letzterer pflegte daselbst Karten zu spielen und traf einstmals den General, welcher sein Ohr mit dem Taschentuch bedeckte. „Haben Sie Ohrenschmerzen?“ fragte der General theilnehmend. „Ja, Excellenz“, war die Antwort, „vous m'avez donné un coup de langue.“